

INLAND

Merkel verschiebt Reise

Berlin – Der geplante Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Algerien wurde am Montag kurzfristig abgesagt. „Die für heute und morgen geplante Reise der Bundeskanzlerin nach Algerien findet nicht statt“, teilte Regierungssprecher Steffen Seibert mit. Die algerische Regierung hätte kurzfristig darum gebeten, die Reise zu verschieben. Die Bundeskanzlerin sei dem Wunsch nachgekommen. Präsident Abdelaziz Bouteflika sei an Bronchitis erkrankt, hieß es in Medienberichten unter Berufung auf das algerische Präsidentenamt. Merkel wollte am Montagabend nach Algerien reisen. Bei dem Besuch wollte sie unter anderem das Thema Flucht und Migration zur Sprache bringen, mit dem Ziel, die Flüchtlingsbewegungen Richtung Europa einzuschränken. Es ist seit Langem klar, dass es um die Gesundheit des inzwischen 79 Jahre alten Präsidenten nicht gut bestellt ist. 2003 hatte er einen Schlaganfall erlitten. In den vergangenen fünf Jahren trat er kaum mehr öffentlich auf und verließ nur noch selten sein Haus. EPD, AFP

AfD-Delegation in Russland

Berlin – Eine AfD-Delegation hat politische Gespräche in Moskau geführt. Das teilte Parteichefin Frauke Petry am Montag in einer Erklärung mit. Am Rande sei es auch zu einem Treffen mit Duma-Präsident Wjatschlaw Wolodin gekommen, hieß es in der Mitteilung weiter. Wolodin übernahm den Posten, nachdem er im vergangenen September der Regierungspartei Einiges Russland zu einem Sieg bei der Parlamentswahl verholfen hatte. Er beteiligte sich an Putins Wahlkampf für eine dritte Amtszeit als Präsident. Welche AfD-Vertreter Teil der Delegation waren, wurde nicht mitgeteilt. Nach Angaben der Staatsduma nahm an den Gesprächen auch der für seine radikalen Ansichten bekannte Rechtspopulist Wladimir Schirinowski teil. AFP, DPA

Lammert appelliert an Wähler

Duisburg – Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat angesichts von zunehmendem Rechtspopulismus zur Teilnahme an den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen aufgefordert. „Populismus, Fanatismus, Fundamentalismus, Bequemlichkeit und politische Abstinenz“ gefährdeten die Demokratie, sagte Lammert am Sonntag in seiner Kanzelrede in der Duisburger Salvatorkirche. Mit Blick auf die Gefahren einer geringen Wahlbeteiligung sagte er, Gleichgültigkeit und Abwarten seien leider weit verbreitet. Dabei seien niemals in der Geschichte die Möglichkeiten der Problemlösung besser gewesen als heute. „Wenn wir bestehende Probleme nicht lösen, dann nicht, weil sie zu groß wären, sondern weil wir es nicht wollen“, sagte der Bundestagspräsident, der bei der nächsten Bundestagswahl nicht wieder antritt. Er warnte vor dem Rückzug in „nationale Schrebergärten“, in denen die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts nicht zu lösen seien. EPD, KNA > Seite 4

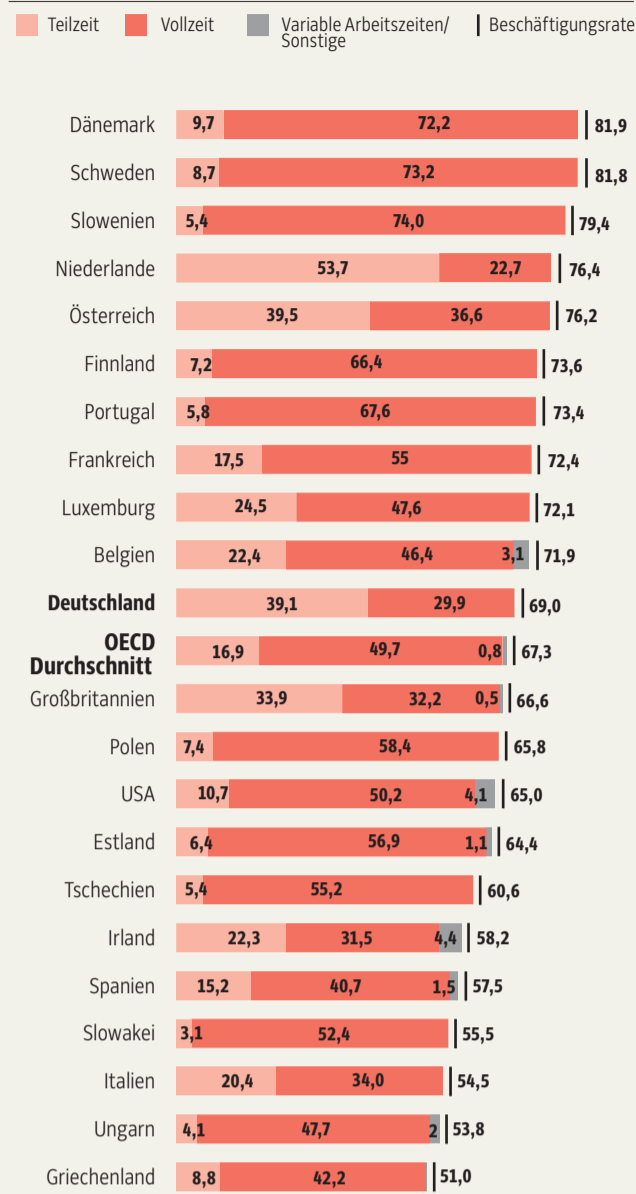
Probleme im AKW Brokdorf

Berlin – Das schleswig-holsteinische Atomkraftwerk Brokdorf muss bis auf Weiteres vom Netz bleiben. Bei einer Revision des Reaktors waren zuvor mehrere Brennstäbe aufgefallen, die von einer dickeren Oxidschicht überzogen waren, als es die Grenzwerte zulassen. Die radioaktiven Brennstäbe sind die Quelle jener Hitze, aus der Atomkraftwerke Dampf und dann Strom erzeugen. Eine dünne Oxidschicht auf der Außenhaut dieser heißen Brennstäbe ist an sich nicht ungewöhnlich, sie wächst über die Jahre an. Der Grenzwert liegt bei 100 Mikrometern. Dieser sei aber an mehreren Brennstäben überschritten worden, obwohl diese erst zwei ihrer normalerweise fünf Betriebsjahre hinter sich hätten, teilte die Kieler Atomaufsicht am Montag mit. Bei einem Brennstab sei eine Schicht von 152 Mikrogramm gemessen worden. „Ein solch schnelles und starkes Anwachsen der Schicht ist in Deutschland noch nicht bekannt geworden“, sagte der schleswig-holsteinische Energieminister Robert Habeck (Grüne). Der Betreiber des AKWs, die Eon-Tochter Preussen-Elektra, hatte den Befund selbst gemeldet. Ursprünglich sollte das Kraftwerk am Donnerstag wieder in Betrieb gehen. Dies wird nun nicht passieren. Erst müssten die Ursachen geklärt werden, verlangte Habeck. MIBA

16-jähriger Syrer vor Gericht

Köln – Wegen Terrorverdachts muss sich seit Montag ein 16 Jahre alter syrischer Flüchtling vor dem Landgericht Köln verantworten. Er war im vergangenen September in einer Kölner Flüchtlingsunterkunft festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass er einen Sprengstoffanschlag geplant hat. Er soll von einem ausländischen Chatpartner mit IS-Bezügen konkrete Anweisungen erhalten haben. Zudem fand die Polizei bei ihm zahlreiche Gegenstände, die zum Bau einer Bombe geeignet sein könnten. Dies sieht die Verteidigung allerdings anders. Anwalt Michael Sertsoz sagte, dass die Gegenstände dem 16-Jährigen wohl gar nicht zuzuordnen seien, die Gaskartuschen etwa habe seine Mutter zum Kochen benötigt. DPA

Erwerbstätige Mütter* Angaben in Prozent

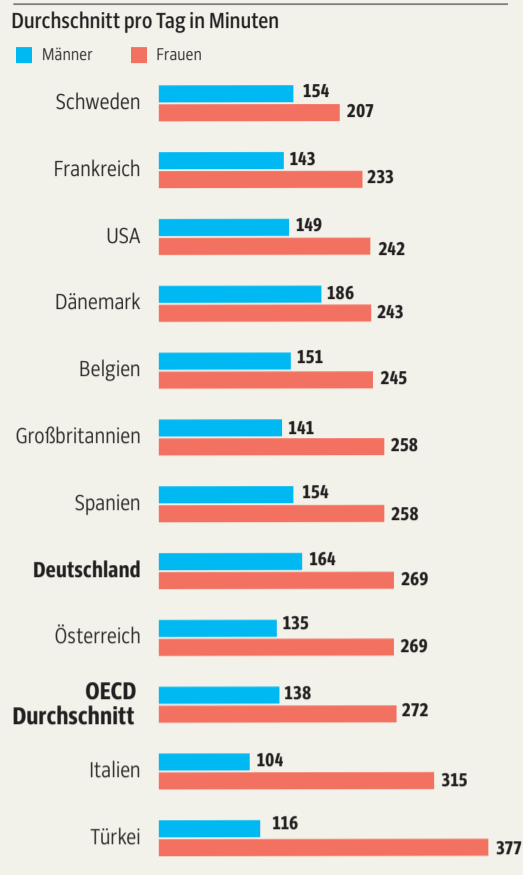


* im Alter von 15-64 Jahren, mit mindestens einem Kind von 0-14 Jahren

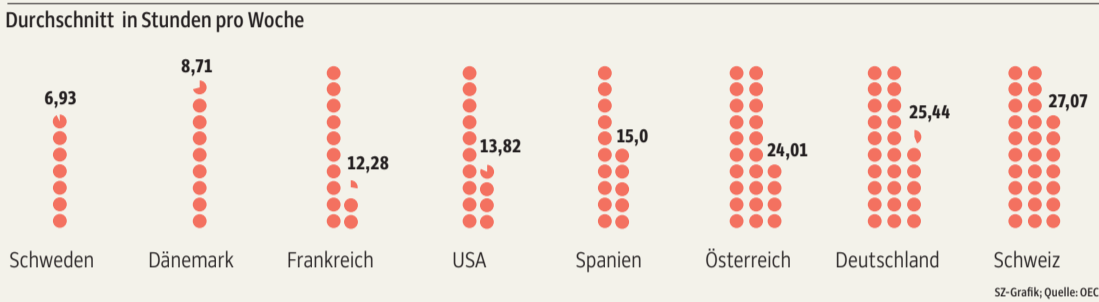
Gleichgewicht sieht anders aus



So ist die Hausarbeit verteilt



Bezahlte Arbeit in einer Beziehung: So viel arbeiten Männer mehr als ihre Frauen



Mit Software zum Sieg

Die CDU in Nordrhein-Westfalen legt ihr Wahlprogramm vor. Sie will das Land zum digitalen Vorreiter in Deutschland machen. Und auch sonst spielen computergestützte Vorhaben eine große Rolle. Nur die Umfragen sind derzeit „in der Tat schwierig“

Düsseldorf/München – Das Programm trägt den Titel „Zuhören. Entscheiden. Handeln“ sei es, Rot-Grün unter Regierungschefin Hannelore Kraft (SPD) nach sieben Jahren abzulösen. Der CDU-Bundesvize will Ministerpräsident im bevölkerungsreichsten Bundesland werden. „Ich bin sicher, dass wir mit diesem Programm am Ende gewinnen werden“, sagte Laschet am Montag. Damit meinte er aber weniger das Ahlener Programm, das kurz nach dem Krieg eine Vergesellschaftung der Großindustrie propagierte und alsbald durch die Düsseldorfser Leitzeits modifiziert wurde, sondern sein „Regierungsprogramm“ bis 2022. Oberstes Ziel des Pro-



Armin Laschet (CDU) will in NRW Hannelore Kraft ablösen. FOTO: F. GAMBARINI/ DPA

Zwei Prozent Zündstoff

Mehr Geld für das Militär? Ja, meint die Union. Bloß nicht, warnen katholische Verbände

Berlin – Die Debatte über höhere Verteidigungsausgaben reißt auch nach der Münchner Sicherheitskonferenz nicht ab. Mehrere Unionspolitiker dringen auf weitere Mehrausgaben, wie es auch die US-Regierung von ihren Verbündeten fordert. „Für mich ist es politisch eindeutig, dass wir Europäer, wir Deutsche, für die Bedrohungen der Sicherheit unserer Bürger Entscheidendes tun müssen“, sagte der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen am Montag im Südwestrundfunk. Er bekannte sich ausdrücklich zu dem Nato-Beschluss, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben. Röttgen wandte sich in diesem Zusammenhang gegen Forderungen besonders aus der SPD, die US-Forderung nach einem höheren Wehretat mit deutschen Aufwendungen in anderen sicherheitsrelevanten Fragen zu verrechnen, etwa für Entwicklungszusammenarbeit und für die Aufnahme von Flüchtlingen. Zwar sei dies ebenfalls wichtig, aber „es kommt dazu“, sagte Röttgen. Unter Berücksichtigung dieser Punkte brauche Deutschland „ein Drei-Prozent-Ziel, nicht ein Zwei-Prozent-Ziel“. Die Sicherheit der Bürger sei eine Kernaufgabe des Staats, und „das können wir nicht outsourcen an die Amerikaner“. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jens Spahn (CDU), warb ebenfalls für eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. „Etwas weniger die Sozialleistungen erhöhen in dem ein oder anderen Jahr und mal etwas mehr auf Verteidigungsausgaben schauen“, empfahl Spahn in der Bild. Er verwies dabei auf Probleme bei der Einsatzfähigkeit von Flugzeugen der Bundeswehr, wie zum Beispiel beim A400M. Auch in „Cyber-Security“ müsse mehr investiert werden. In der Debatte melden sich nun auch katholische Verbände zu Wort. Die Friedensbewegung Pax Christi warnte vor einer einseitigen Ausrichtung auf die Sicherheitspolitik. Durch eine Anhebung des Verteidi-

gramms mit dem Titel „Zuhören. Entscheiden. Handeln“ sei es, Rot-Grün unter Regierungschefin Hannelore Kraft (SPD) nach sieben Jahren abzulösen. Der CDU-Bundesvize will Ministerpräsident im bevölkerungsreichsten Bundesland werden.

Kritiker sprechen von einer Aufrüstungsspirale. Diese Politik sei „von vorgestern“

Erhöhung des deutschen Verteidigungsetats zugesichert. Bereits 2014 hatten die Natostaaten vereinbart, ihre Militärausgaben innerhalb der folgenden zehn Jahre auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben. Deutschland liegt bislang bei 1,2 Prozent. Schon diese Entscheidung

Mit Blick auf die jüngste Umfrage vom Sonntag räumte Laschet aber ein: Der Zwischenstand sei „in der Tat schwierig“. Denn die SPD profitiert im Moment auch in NRW von der positiven Wählerresonanz auf ihren Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Nach einer Erhebung von Infratest dimap für den WDR kommt die SPD in NRW nun auf 37 Prozent Zustimmung, das sind fünf Punkte mehr als Ende Oktober 2016. Die NRW-CDU verliert dagegen zwei Punkte und landet bei 30 Prozent. Aber wenn die Werte sich in nur zwei Wochen derart verschieben könnten, sei er zuversichtlich, dass das im Wahlkampf auch in der anderen Richtung möglich sei, zeigte sich Laschet zuversichtlich. Die Wahl findet am 14. Mai statt. Punkten will die CDU im Wahlkampf mit den Themen Sicherheit, Wirtschaftskraft und Bildung. So soll etwa Einbruchsdiebstahl effektiver bekämpft werden, auch mit dem softwaregestützten Werkzeug des „predictive policing“, das Tatmuster vorhersagen könne. Schleierfahndung – das sind verdachtsunabhängige Kontrollen – soll auch in NRW ermöglicht werden. Zu „null Toleranz gegen Kriminelle“ gehö-

re auch ein entschiedenes Vorgehen gegen Rockerbanden und kriminelle Familiencamps, die einige Großstadtbezirke zu „No-Go-Areas“ machten. Dem islamistischen Terrorismus will die CDU „entschlossen entgegenzutreten“. Das Ärgernis-Thema Unterrichtsausfall an Schulen sei unter Rot-Grün vernachlässigt worden, kritisiert Laschet. Jede Schule solle künftig mit computergestützten Programmen den Ausfall messen und melden, ein Vertretungspool soll Abhilfe schaffen.

Laschet sagt, „es wäre fatal, wenn Linke oder Rechte Einfluss auf die Regierungsbildung hätten“

Die CDU will das Abitur nach acht Jahren Gymnasium (G8) erhalten, den Schulen aber auch ein „echtes G9“ ermöglichen. Inklusion dürfe nicht weiter mit der „Brechstange“ betrieben werden. Bis die Bedingungen für das Gelingen eines gemeinsamen Unterrichts für Kinder mit und ohne Behinderung stimmen, will die CDU dafür sorgen, dass keine Förderschule mehr geschlossen wird.

Das Problem des Teilens

Es ist wie ein Mantra: Erneut hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine gleichmäßigere Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen in Deutschland gefordert. Die Politik müsse mehr tun, um Müttern und Vätern dabei zu helfen, „umfangreicher erwerbstätig“ zu sein und Zeit für Kinder und Partnerschaft zu haben, heißt es in der am Montag veröffentlichten Studie „Dare to Share“ (Wage to teilen). Laut OECD waren in Deutschland im Jahr 2014 etwa 70 Prozent der Mütter erwerbstätig. Das entspreche zwar dem OECD-Schnitt, jedoch: Mit 39 Prozent arbeiten demnach überdurchschnittlich viele Mütter in Teilzeit, und die Wochenarbeitszeit sei mit durchschnittlich 20 Stunden „relativ kurz“. Nur in den Niederlanden und in Österreich sei die Teilzeitquote höher. Mütter in Deutschland übernehmen laut Studie noch immer fast zwei Drittel der unbezahlten Arbeit: Hausarbeit sowie Betreuung von Kindern und anderen Familienangehörigen. In Finnland oder Norwegen, wo Frauen in größerem Umfang arbeiten und es eine gut ausgebaut und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung gebe, teilten Eltern unbezahlte Arbeit dagegen ausgewogener auf. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) betonte, sie wolle Väter ermutigen, sich mehr Zeit für ihre Kinder zu nehmen. SZ > Seite 4

In der Wirtschaftspolitik will die CDU eine Entbürokratisierung einleiten. „Tausende Vorgaben“ allein aus dem Umweltministerium von Johannes Remmel (Grüne) behinderten das Wirtschaftswachstum. Familien- und Traditionsunternehmen solle erleichtert werden, in ihrer direkten Umgebung zu expandieren. Genehmigungsverfahren will die CDU beschleunigen. Das „überflüssige“ Klimaschutzgesetz werde abgeschafft. Beim Thema Infrastruktur soll mit der Modernisierung maroder Straßen, Lückenschlüssen und besserem Baustellenmanagement entgegengesteuert werden. NRW müsse zudem „digitaler Vorreiter in Deutschland“ werden.

Bei seiner Erinnerung ans Ahlener Programm übrigs hatte Laschet betont, für „unser Land, das bereits heute Schlusslicht unter den deutschen Ländern ist, wäre es fatal, wenn Linke oder Rechte Einfluss auf die Regierungsbildung hätten“. 1947 gewann die CDU die Wahl klar. Erster Ministerpräsident wurde Karl Arnold (CDU) – daran dachte Laschet wohl vornehmlich. Doch Arnold bildete eine Koalition mit SPD, Zentrum – und KPD. Linkere Extremisten gab es nicht. JBB, ROP, DPA

In der Pillenfalle

Immer mehr junge Erwachsene leiden unter Kopfschmerzen

Berlin – Immer häufiger heißt bei jungen Erwachsenen, also den 18- bis 27-Jährigen, die ärztliche Diagnose: Kopfschmerzen. Das geht aus dem jüngsten Arztreport hervor, den die Krankenkasse Barmer vorgestellt hat. In dieser Altersgruppe hat sich die Zahl der Kopfschmerz-Patienten von 900.000 im Jahr 2005 auf 1,3 Millionen 2015 erhöht – ein Plus von mehr als 40 Prozent. Am häufigsten werden dem Report zufolge Kopfschmerzen im Alter von 19 Jahren diagnostiziert.

Woher der kräftige Anstieg kommt, ließ die Krankenkasse aber offen. Barmer-Vorstandschef Christoph Straub sieht in den Zahlen einen Hinweis darauf, „dass der Druck auf die jungen Menschen in den vergangenen Jahren enorm zugenommen hat“. Darauf deuten auch die Vergleichszahlen hin: Über alle Altersklassen hinweg wuchsen die Kopfschmerz-Diagnosen binnen der untersuchten zehn Jahre um 12,4 Prozent. Der Anstieg ist also bei Weitem nicht so groß wie bei den jungen Erwachsenen, wobei grundsätzlich gilt: Frauen leiden nach der Pubertät etwa doppelt so häufig an Kopfschmerzen wie Männer.

„Es gibt einen Trend hin in Richtung psychische Belastungen“, sagte Straub. Damit verbunden sei der Anstieg bei den Kopfschmerzen, die nicht nur auf eine Zunahme der entsprechenden Diagnosen zurückzuführen sei. Für den Report hatte das Göttinger Aqua-Institut für angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen die Daten von acht Millionen Barmer-Versicherten analysiert und hochgerechnet. Daraus ergibt sich auch, dass Medikamente verstärkt Migräne-Medikamente verordnen: Bei den 18- bis 27-Jährigen kletterte die Verordnungsrate zwischen 2005 und 2015 um 58 Prozent. Die Krankenkasse hält dies für „alarmierend“. Laut Barmer werden fast ausschließlich Mittel aus der Substanzgruppe der Triptane verordnet.



Woher der Zuwachs an Kopfschmerz-Patienten kommt, ist unklar. FOTO: J. BUSCHMANN

Sie würden, so der Barmer-Chef, als „Wundermittel“ für Migräne-Patienten gelten, hätten jedoch eine unerfreuliche Nebenwirkung: Sie könnten selbst Kopfschmerzen auslösen. „Die Dosis macht das Gift. Wer immer wieder zu Medikamenten greift, um Kopfschmerzen loszuwerden, landet im schlimmsten Fall in einem Teufelskreis aus Tablettenkonsum und Dauerkopfschmerzen.“ Solche Patienten gerieten in die „Pillenfalle“, sagte Straub. Für bedenklich hält er auch den Tablettenkonsum bei manchen Kindern. So ergab eine repräsentative Umfrage der Barmer, dass bereits 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen neun und 19 Jahren Medikamente einnehmen, wenn sie Kopfschmerzen haben. Die Krankenkasse rät stattdessen zu Ausdauerport und Entspannungstechniken. Dabei würden auch Apps helfen, die den Verlauf von Migräne und Kopfschmerzen analysieren. Dies helfe Ärzten bei der Suche nach der richtigen Therapie. THOMAS ÖCHNER



Ursula von der Leyen besteigt den Airbus A400M in Berlin. Die Maschine gilt als anfällig – und wird als Argument für höhere Ausgaben herangezogen. FOTO: K. NIETFIELD/ AFP